



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 12.03.2025
Sitzungsbeginn:	19:05 Uhr
Sitzungsende:	22:02 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz Stadtverordnetenversammlung

Tobias Belger

Ordentliches Mitglied - SVV

Stefan Broschell

Stefan Christ

Beata Czech

Thomas Czesky

Peer Giesecke

Eleonore Heinrich

Fritz Hille

Matthias Juricke

Rene Just

Jens Kaehlert

Marco Kerbs

Torsten Kniesigk

Ronja Krebs

Stefan Lorenz-Kricke

Edgar Leisten

Martina Leisten

Werner Jens Meske

Marko Njammasch

Carsten Preuß

Ute Reglin

Sven Reimer
Ilona Schmitt
Michaela Schreiber
Reinhard Schulz
Toni Tobianke
Uwe Voltz
Matthias Wilke

Bürgermeisterin

Wiebke Şahin-Connolly

Amtsleiter(in) Kämmerei

Jan Krolik

Pressesprecher

Sabine Leifeld

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein
Juliane Sasse

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|-----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung | |
| 2 | Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten | |
| 3 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 4 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 5 | Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2024, 27.11.2024 und 14.01.2025 | |
| 6 | Bericht aus der Verwaltung | |
| 7 | Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL | |
| 8 | Einwohnerfragestunde | |
| 9 | Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung | |
| 10 | Beschlussvorlagen | |
| 10.1 | Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf Bildung eines Ausschusses für Bildung, Soziales und Sport zur Beschlussfassung auf der SVV am 25.09.2024 | 099/24 |
| 10.2 | Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf Bildung eines eigenständigen Ortsteiles Dabendorf und eines eigenständigen Ortsteiles Zossen zur Beschlussfassung auf der SVV am 25.09.2024 | 100/24 |
| 10.3 | Beitrittsbeschluss zur Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming zur Haushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2025. | 010/25 |
| 10.4 | Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Zossen | 129/24/03 |
| 10.5 | Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH | 001/25 |
| 10.6 | Entlastung des Geschäftsführers der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH Jan Krolik für das Kalenderjahr 2023 | 002/25 |
| 10.7 | Umbau, Anbau und Sanierung der "alten Feuerwehr" im OT Lindenbrück zum Dorfgemeinschaftshaus | 125/24 |
| 10.8 | Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes 44/03-a "Am Bahnhof" | 114/24 |
| 10.9 | Grundsatzbeschluss für eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschienen in Wünsdorf | 020/25/01 |
| 10.10 | Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Bundesprogramm Breitbandförderung "Graue Flecken" | 006/25 |

10.11	Sportstättenentwicklung in Zossen: Beschluss der Fortführung des kooperativen Planungsprozesses zur Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen	005/25
10.12	Befreiung von der textlichen Festsetzung Nr. 3.2 "Einfriedungen zwischen den Grundstücken..." für alle Grundstücke im B-Plan "Am Eiskutenberg" Nr. 10/02 im OT Wündorf	130/24
10.13	Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf)	014/25
10.14	Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für das Flurstück 504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf)	015/25
10.15	Offenlagebeschluss über die 1. Änderung der Klarstellungssatzung und Neuaufstellung einer Ergänzungssatzung in Kallinchen	017/25
10.16	Beschluss über den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen	112/24
10.17	Antrag auf Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur Beschilderung, Klaus-Voeckler-Ring - Nächst Neuendorf	009/25
10.18	Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24/01 der Fraktion AfD vom 30.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 26.02.2025 auf Bau einer Brücke über die Eisenbahn in Wündorf Höhe Kreisverkehr Friedenstraße	131/24/02
10.19	Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 31.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2025 zur Steuerung von Sozialem Wohnungsbau in Zossen	004/25/01
10.20	Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 14.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.01.2025 auf Änderung der Realsteuersatzung der Stadt Zossen, Festsetzung der Grundsteuer B auf den vom Land Brandenburg errechneten aufkommensneutralen Wert von 240 %	007/25
10.21	Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 29.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 29.01.2025 Grün und mehr im Kreisverkehr	012/25
11	Informationen Deutsche Bahn	
12	Schließung der öffentlichen Sitzung	

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Belger um 19:05 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 Feststellung der digital zugeschalteten Stadtverordneten

Es nehmen folgende Stadtverordnete digital an der Sitzung teil:

Herr Wilke, Herr Czesky, Herr Just, Frau Leisten, Herr Schulz

3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Belger stellt fest, dass von den 29 Stadtverordneten (einschließlich Frau Şahin-Connolly) 29 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

4 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Frau Şahin-Connolly:

Die Verwaltung nimmt den Tagesordnungspunkt 10.11, BV 014/25, von der Tagesordnung.

Frau Schreiber:

Ich beantrage die Anträge von Plan B, Tagesordnungspunkt 10.17 und 10.18, auf den Tagesordnungspunkt 10.1 und 10.2 vorzuziehen.

Ich beantrage für alle Beschlussvorlagen, Änderungsanträge und Verfahrensanträge namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung zur Beantragung Änderung der Tagesordnung von Frau Schreiber:

Herr Just nimmt an der Abstimmung aus technischen Gründen nicht teil.

Abstimmungsergebnis zur Änderung der Tagesordnung:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		X	
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten			X
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan	X		

Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina			X
Meske, Jens Werner	X		
Njammassch, Marko		X	
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke		X	
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias	X		

Herr Just (online) hat keine Stimme abgegeben.

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	10	2

Die Tagesordnung wird geändert. Der TOP 10.17 und 10.18 werden als erstes behandelt.

5 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.11.2024, 27.11.2024 und 14.01.2025**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschriften vom 13.11.2024, 27.11.2024 und 14.01.2025 vor. Die Niederschriften gelten damit als angenommen.

Frau Schreiber:

Alle Mitglieder der Fraktion Plan B, die nicht am RIS teilnehmen, haben die Niederschrift nicht mit der Einladung, sondern lediglich per Mail erhalten. Wir bitten diese in Zukunft wieder mit der Einladung in Papierform zu versenden.

6 **Bericht aus der Verwaltung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung in schriftlicher Form. Dieser wird von Frau Şahin-Connolly kurz für die anwesenden Einwohner erörtert und dem Urprotokoll beigelegt. Er umfasst folgende Punkte:

I. Kämmerei

1. Vergleich Finanzrechnung Ansatz/ IST per 02/2025
2. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
3. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit
4. Liquiditätsentwicklung 2023 – 02.2025

II. Ordnungsamt

1. Eichenprozessionsspinner (EPS)
2. Außendienst / Bußgeldstelle
4. Bürgerbüro / Einwohnermeldeamt
5. Standesamt
6. Kultur
7. Straßenverkehr
8. Erstaufnahmeeinrichtung

III. Kita- und Schulverwaltung

1. Aktuelle Belegungszahlen Kitas

2. Aktuelle Belegungszahlen Hort

IV. Bauamt

IV.1 Hochbau

1. Wünsdorf, Begegnungsstätte Burgberg

2. Wünsdorf, temporärer Container Hort

3. Zossen, Kita Bummi

4. Zossen, Grundschule,

6. Wünsdorf, Neubau Hort

IV. 2 Tiefbau

1. Horstfelde, Waldparkplatz

2. Vorgehensweise Leuchtenmängel

3. Solarleuchte

IV. Grünflächen

1. Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen 2024

2. Lindenbrück Bücherzelle

3. Wünsdorf, Untersuchung auf Kampfmittel / Parkanlage am Bürgerhaus

IV. Bauleitplanung

Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes

7 "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Entsprechende Unterlagen wurden ausgeteilt. Seitens KMS finden die Auszahlungen bezüglich Rückzahlungen der Gebühren gerade statt. Ergebnisse der Ausschreibung für die Entsorgung haben wir vorgelegt bekommen. Vor der nächsten Sitzung werden wir uns dazu beraten.

8 Einwohnerfragestunde

Herr Belger:

Uns wurden vorab Fragen per Mail zugeschickt. Diese wurden an die Verwaltung weitergegeben und werden in der nächsten SVV beantwortet.

Herr Hammer:

Im Internet wird gerade von einigen Stadtverordneten geschrieben, dass ich mit Stadtverwaltungen nicht ordentlich umgehen kann, befangen bin und mich manipulieren lasse. Aufgrund dessen habe ich heute einen großen Auftrag in Potsdam verloren. Das ist für mich ein enorm hoher wirtschaftlicher Schaden. Weiterhin wird mir vorgeworfen, dass ich den Stream und Wortmeldungen absichtlich abstelle. Das ist eine Lüge und ich werde dagegen vorgehen und im schlimmsten Fall die Technik hier vor Ort abbauen. Für diesen Auftrag habe ich mich bei der Stadt beworben und muss jedes Jahr ein neues Angebot abgeben. Bei Problemen und Fragen kann mich jeder immer gerne anrufen und kontaktieren. Das, was gerade im Internet geschieht, ist rufschädigend. Sie genießen hier einen Luxus, der anscheinend nicht allen bewusst ist. Ich frage die Ausschussmitglieder ob sie überhaupt wissen, was hier für Technik steht und welche Leistung ich erbringen muss? Der Stream letzte Woche ist abgebrochen, weil es Probleme bei Cloudflare gab. Es gibt eine Tonspur und eine Videospur und diese müssen übereinandergelegt werden. Dann können wir den Stream von letzter auch Woche hochladen. Daran

arbeiten wir gerade.

Herr Hänicke:

Die SVV ist eine Präsenzsitzung. Gibt es eine Erklärung, warum einige Stadtverordnete per Video teilnehmen? Welche Erklärungen müssen vorliegen, sodass eine Videoteilnahme möglich ist? Sind sie überhaupt beschlussfähig? Ich frage die Verordneten, wenn Sie keine Lust mehr haben hierherzukommen, warum treten Sie nicht einfach zurück und machen Platz für Leute, die mehr Lust haben?

Herr Belger:

Die GO lässt eine Online-Teilnahme grundsätzlich zu. Die Beschlussfähigkeit wurde am Anfang festgestellt.

Bürger 1:

Ich habe mich bereits vor etwa 1 Jahr beschwert, dass ich in der Kurfürst-Joachim-Straße Probleme habe, mit meinem Auto auf mein Grundstück zu kommen. Die Straße ist nur 3 Meter breit und genau gegenüber, auf dem Flurstück 456, steht ein Bauzaun. Vor einem Jahr wurde mir bereits versichert, dass sich das jemand anschauen kommt und ich eine Mail erhalte. Das ist bis jetzt noch nicht passiert. Ich bitte nochmals darum, dass sich das jemand ansieht.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben mit dem Grundstückseigentümer gesprochen. Als Ordnungsbehörde sehen wir dort keine Handlungsmöglichkeiten. Leider haben wir keine positive Nachricht für Sie. Meinem Erachten nach haben Sie die Antwort aus dem Bauamt bekommen. Das würde ich noch mal recherchieren. Eine Möglichkeit wäre, wenn Sie selber mit dem Grundstückseigentümer eine Lösung finden. Wir können hier gern einen Gesprächstermin organisieren.

Herr Kaehlert:

Bevor das Grundstück verkauft wurde, gab es schon mal einen Erschließungsvertrag mit der Stadt. Dort sollten 3 oder 4 Parkplätze durch den Investor angelegt werden und das wäre dann später durch die Stadt umgewidmet worden. Ich würde noch mal dafür werben, mit dem Investor eine ähnliche Vereinbarung zu treffen.

Bürgerin 2:

In Nunsdorf haben wir seit Kurzem eine Verkehrsberuhigung von 30 km/h in der Zeit von 22 - 6 Uhr auf einer Strecke von 250 m. Warum war das nicht im ganzen Ort möglich?

Ist es möglich die Grünfläche am Bahnhof Zossen etwas freundlicher zu bepflanzen?

Frau Şahin-Connolly:

Dem können wir uns gerne annehmen, vielleicht auch zusammen mit einer Kita oder Schule. Danke für den Hinweis.

Ich habe mich über den Anfang der 250 m sehr gefreut und es ist noch nicht das Ende. In der Nacht wenn kaum Verkehr ist, macht es keinen Sinn. Dann ist es eine Lärmschutzmaßnahme. Wir müssen dran bleiben und versuchen mehr 30 km/h als Verkehrsberuhigung und Unfallvermeidung tagsüber hinzubekommen. Wie werden weitere Verkehrsmessungen und -zählungen durchführen.

Herr S. Jerchel online 19:06 Uhr:

Sehr geehrte Damen und Herren, angesichts der immer wieder auftretenden Probleme beim Livestreaming der Stadtverordnetenversammlung (SVV) halte ich es für dringend erforderlich, dass die Vergabe dieser Dienstleistung auf transparente und faire Weise erfolgt. Daher die Frage an die Fraktionen: Wäre es möglich, einen

Antrag einzubringen, der ein ordnungsgemäßes Vergabeverfahren sicherstellt? Insbesondere sollten folgende Punkte geklärt werden: -Welche Kriterien wurden bisher bei der Vergabe des Streaming-Dienstes angewendet? -Gibt es nachvollziehbare technische Gründe für die wiederkehrenden Störungen? - Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um eine neutrale und zuverlässige Übertragung sicherzustellen? Gerade bei sensiblen politischen Themen ist es wichtig, dass alle Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkter Zugang zu den Sitzungen haben. Ich hoffe auf eine sachliche Diskussion und eine Lösung im Sinne der Transparenz.

Frau Şahin-Connolly:

Grundsätzlich sind wir zum Livestream und Onlineteilnahme nicht verpflichtet, wenn es technisch nicht möglich ist. Wir sind eine der wenigen Kommunen, die auch eine Mediathek haben. Wir schreiben aus, es gibt ein Vergabeverfahren. Wir haben Angebote und suchen uns das Unternehmen, mit den besten Preisen, Kompetenzen und Erfahrungen aus. Das ist hier Manuel Hammer mit seinem Team, der auch gute Referenzen bei anderen Stadtverwaltungen hat. Bei der kompletten Veranstaltungstechnik haben wir mit LSD einen super verlässlichen Partner und die Zusammenarbeit klappt sehr gut. Es ist beschämend, wenn man ein Unternehmen, welches vor Ort ansässig ist und das lange mit der Stadt Zossen zusammen arbeitet, über Social Media schlecht redet und Unternehmensmobbing betreibt. Die Arbeit sollte wertgeschätzt werden und ich bitte um respektvollen Umgang.

Frau Schreiber:

Plan B hat schon vor mehreren Jahren Anfragen gestellt, wie die Vergabe und wann die Ausschreibung erfolgt ist und für welchen Betrag vergeben wurde? Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Kalenderjahren. Ist es sinnvoll und wirtschaftlich eine Kombinationsvergabe mit der Firma LSD und Herrn Hammer zu machen? Ist es kostengünstiger nur mit der Firma LSD zu arbeiten? Die Fraktion Plan B ist gerne bereit einen entsprechenden Antrag einzubringen. Die Vergabe soll der SVV transparent mitgeteilt werden.

Was wird als Dienstleistung über Herrn Hammer abgearbeitet? Warum ist es erforderlich nur für das Onlinestellen eine zusätzliche Person zu haben und zu bezahlen?

Frau Şahin-Connolly:

Alle Fragen dazu haben wir beantwortet. Sie möchten Transparenz. Das sind genau die Punkte, die wir jetzt in der Hauptsatzung verankern möchten. Ich hoffe, dass Sie dem dann auch zustimmen werden.

Herr Reimer liest eine Äußerung aus dem Internet von Frau Schreiber vor.

Diese Unterstellung gegenüber der Bürgermeisterin und den Stadtverordneten ist eine Unverschämtheit. Ich erwarte eine Entschuldigung gegenüber den Stadtverordneten und der ortsansässigen Firma.

Frau Leisten:

Ich möchte mich bei Herrn Hammer und seinen ganzen Mitarbeitern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren bedanken. Ich hoffe sehr, dass wir weiter gut zusammenarbeiten. Es ist schade, dass hier immer mehr ein Ton des Misstrauens herrscht.

Es ist schade, dass Herr Hänicke uns, die hier krank zuhause sitzen und uns das Recht nehmen, online teilzunehmen, misstraut und uns unterstellt, dass wir keine Lust hätten. Es macht sich ein Klima breit, wo man sich immer mehr gegenseitig misstraut.

Herr Czesky:

Die Technik und Herr Hammer ist ein Glücksfall für uns und unsere Stadt. Ich möchte mich explizit bei ihm bedanken. Wenn ich irgendetwas tun kann, sodass Herr Hammer seine Aufträge nicht verliert, bin ich dazu jederzeit bereit.

Frau K. Schmidt online 19:04 Uhr:

Hallo Wäre es eigentlich mal möglich einen Trödelmarkt auf dem Marktplatz zu organisieren?

Frau Şahin-Connolly:

Grundsätzlich wäre das möglich, aber wir bräuchten einen Initiator, der das in die Hand nimmt. Wenn Sie sich dazu engagieren möchten, machen Sie gerne einen Termin mit uns.

9

Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Frau Heinrich:

Wenn Schüler mit dem Fahrrad von der Goethestraße in die Stadt Zossen wollen, müssen sie mehrmals die Straßenseite wechseln, da der Radweg zwischendurch immer endet. Den Gehweg dürfen nur Kinder unter 10 Jahren benutzen, alles andere ist nicht versichert. Der Weg am Friedhof ist von oben ein Fußgängerweg, von unten ist es offen. Was kann die Stadt machen, um dort einen sicheren Fahrradweg zu haben?

Am Kreisel in der Stubenrauchstraße fehlt die Kennzeichnung der Übergänge für Fußgänger und Fahrradfahrer.

Frau Şahin-Connolly:

Die Sperrungen für die Markierungen sind in den Osterferien geplant.

Der Rad- und Fußweg zur Goetheschule ist ein Problem. Ich hoffe, dass wir dort den Fußgänger- und Radweg noch vollständig instand setzen können. Ich kann nur appellieren, dass der Fußweg genutzt wird, da es ist dort gefährlich ist. Wir haben auf der anderen Seite keinen Platz. Es sind viele private Grundstücke. Wir haben hier das Gespräch gesucht, aber aktuell führt noch kein Weg hin, auf der Seite den Fußweg auszubauen. Eine Möglichkeit wäre, den Fußweg auch für Fahrradfahrer zuzulassen, aber da muss auch der Landkreis zustimmen. Da sind wir dran.

Frau Reglin:

Die Eltern halten die Idee Haken in der Bushaltestelle Wünsdorf für die Ranzen der Schüler anzubringen für nicht gut. Sie sehen hier eine Verletzungsgefahr und denken, dass die Ranzen zu schwer sind. Die Eltern bitten, dass die Stadt doch versucht, eine Fläche zum Abstellen der Ranzen zu pflastern.

Wie ist die WC-Situation für die Busfahrer in der Straße der Befreiung und am Bahnhof Wünsdorf?

Frau Şahin-Connolly:

Dazu sind wir mit dem Landkreis und den Verkehrsbetrieben in Klärung.

Bezüglich der Schulmappen können wir noch mal reden. Ich bin auch bereit, die Kosten für das Pflastern zu übernehmen. Wir müssen gucken welche Haken wir nehmen. Eine große Unfallgefahr sehe ich dort nicht.

Herr Hille:

Warum sind in Wünsdorf in der Chausseestraße, Kurze Straße, die Rampe, Mellenseestraße seit 14 Nächten die Lampen aus? Wie lange sollen die noch ausbleiben? Soll hier Strom gespart werden?

Ein Ehepaar in Wünsdorf musste ihren Brunnen zu 100 % selber bezahlen. In der Aufstellung die wir heute bekommen haben steht, dass es eine Mischfinanzierung war. Wie kommt das zustande? Kann dieses Pärchen bei der Stadt vorsprechen?

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben in kurzer Zeit viele Löschbrunnen gebaut. Insgesamt 39 Stück. 13 haben wir durch das Land gefördert bekommen, 18 wurden durch Investoren mitfinanziert und andere durch privat und Stadt. Darunter fällt die Familie und das kläre ich gerne mit der Familie selber.

Herr Juricke:

Ich habe in der SVV am 14.01. mehrere schriftliche Anfragen abgegeben. Es wurde mir lediglich eine Akteneinsicht gewährt, die ich nur zu 50 % beantragt hatte. Wann bekomme ich die Antworten? Wann bekomme ich Akteneinsicht zu den Ordnungswidrigkeiten, die ich angezeigt hatte? Wann bekomme ich Akteneinsicht zum Spielplatzbau Kallinchen? Warum wurde die Baumfällung am Waldparkplatz Horstfelde beendet? Sind eine Baugenehmigung und eine Waldumwandlung beantragt?

Frau Şahin-Connolly:

Beides aus Ihrer letzten Frage kann ich mit ja beantworten. Für den Spielplatz gibt es aktuell keine Aktivitäten und somit auch keine Akten. Bei der Akteneinsicht zu den Ordnungswidrigkeiten hatten wir Sie gebeten, das zu konkretisieren, da wir nicht wissen um was es geht. Eine Rückmeldung Ihrerseits kam dazu noch nicht. Die Fragen an die Verwaltung sind beantwortet.

Herr Juricke:

Ich hatte mehrere Fragen zum DGH Horstfelde. 2 Monate sollten zur Beantwortung reichen. Ich möchte das bitte schriftlich beantwortet haben.

Frau Şahin-Connolly:

Ich hatte um Begründung der Themen gebeten, bevor ich die Verwaltung damit beschäftigte.

Herr Leisten:

Parkordnungswidrigkeiten können jetzt per QR-Code abgelesen werden. Was machen ältere Bürger, die keinen QR-Code lesen können?
Bei der Statistik hätten mich noch die Geburtsurkunden interessiert.

Frau Şahin-Connolly:

Das kann ich gerne nachreichen.

Sollte ein Bürger keine Möglichkeit haben den QR-Code auszulesen, kann er sich natürlich an die Verwaltung wenden.

Frau Schreiber:

Sie liest aus einer Antwort-Mail des Landkreises zu einer Anfrage an den Landkreis von Herrn Juricke bezüglich des Waldparkplatzes Horstfelde vor. Es steht hier, dass weitere Fällungen durch der UNB untersagt wurden, da dafür eine Genehmigung erforderlich ist, welche nicht im B-Plan enthalten ist. Eine Einreichung des Bauantrages und der Waldumwandlung ist noch nicht geschehen. Wie ist dann Ihre Antwort dazu zu bewerten?

Wieso berichten sie nicht über die letzte Zweckverbandversammlung? Wie ist der aktuelle Stand in der Bescheid-Erstellung und Zahlungsaufforderung an die Stadt Zossen zum Thema KMS-Umlage und in welcher Höhe ist sie festgelegt worden?

Zu den Vergaben Winterdienst, Sommerdienst und Wartung Straßenbeleuchtung habe ich keine Antworten bekommen.

Wie viel Erzieherinnen, Erzieher und Leiterinnen aus den städtischen Kitas haben 2024 gekündigt? Wie viele haben in den ersten drei Monaten 2025 gekündigt? Wie viel Mitarbeiter in der Verwaltung haben 2024 gekündigt?

Haben alle Kitas und Schulen die erforderlichen Materialien, die sie beantragt haben, genehmigt bekommen und erhalten? Sind alle Firmen und Dienstleistungspartner in Fälligkeit mit ihren Rechnungen bezahlt worden in 2024 und 2025 oder haben Sie nicht gezahlt, um die Ausgaben zu reduzieren?

Frau Şahin-Connolly:

Dass Rechnungen nicht bezahlt wurden wegen nicht erbrachter Leistungen ist möglich. Das müssten wir im Detail klären. Wir haben alle Themen der Kitas und Schulen im Haushalt eingestellt. Personalangelegenheiten sind nichtöffentlich. Bei der KMS-Umlage hat sich nichts weiter ergeben. Sollte sich etwas ändern, werde ich Sie informieren. Die Zahlen kennen Sie. Herrn Koch werde ich fragen, ob ich die Mail in cc bekommen kann. Diskrepanzen gab es, aber die konnten wir klären.

Herr Kaehlert:

Beim Punkt Bauleitplanung Wettbewerb Bahnhofsumfeld Wünsdorf sagten Sie, dass die Ortsteile aktiv beteiligt wurden. Haben sich die Ortsbeiräte mit dem Thema befasst? Hat der Ortsbeirat Zossen dazu beraten oder wann wird er dazu beraten?

Frau Şahin-Connolly:

Das haben Sie falsch verstanden. Es gibt einen Architektenwettbewerb und es gab eine erste Bürgerveranstaltung und eine zweite wird am 20.03.2025 stattfinden. Das hat nichts mit den Ortsbeiräten zu tun. Die Ortsbeiräte positionieren sich gerade zu den Klarstellungssatzungen in ihren Ortsteilen.

Herr Kaehlert:

Morgen tagt der Ortsbeirat Zossen. Die Klarstellungssatzung habe ich nicht auf der Tagesordnung gesehen. Wann wird das diskutiert?

Herr Reimer:

Das würde ich mit Herrn Kaehlert persönlich erklären.

10 Beschlussvorlagen

10.1 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf Bildung eines Ausschusses für Bildung, Soziales und Sport zur Beschlussfassung auf der SVV am 25.09.2024 099/24

Frau Schreiber stellt den Antrag von Plan B allen anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern vor.

Frau Şahin-Connolly:

Die Themen Hort, Lärmbelästigung und finanzielle Auswirkungen wurden beraten. Die größten Investitionen in der Stadt werden in die Bereiche Kita und Schulen getätigt werden müssen. Es macht Sinn Finanzen und soziale Kompetenzen zu bündeln. Das hat bisher auch sehr gut funktioniert. Es ist immer eine Frage wie man sich in dem Ausschuss beteiligt und mit welcher Kompetenz man den FSB ausfüllt. Man hätte dieselben Themen und Stadtverordneten in einem weiteren Bildungsausschuss.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die auf der konstituierenden Sitzung vorgenommene Zusammenlegung des Finanzausschusses mit dem Bildungsausschuss soll abgeändert werden und es werden jeweils eigenständig ein Ausschuss für Bildung, Soziales und Sport sowie ein Finanzausschuss gebildet.
2. Zur Umsetzung dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, zur nächsten regulären SVV die entsprechenden Beschlüsse zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzusehen. Insbesondere sind die Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung entsprechend anzupassen und der SVV zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		X	
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer		X	
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René		X	
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco		X	
Kniesigk, Torsten		X	
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njamasch, Marko		X	
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke		X	
Schmitt, Ilona		X	
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	16	0

Der Beschluss wurde abgelehnt.

10.2 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 13.09.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 13.09.2024 auf Bildung eines eigenständigen Ortsteiles Dabendorf und eines eigenständigen Ortsteiles Zossen zur Beschlussfassung auf der SVV am 25.09.2024 100/24

Frau Schreiber stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Unter Punkt 4 bitte ich den Rest ab „..., damit diese Wahl...“ zu streichen.

Frau Şahin-Connolly:

Den alten Antrag 058/23/01 habe ich ihnen noch mal zur Verfügung gestellt. Gescheitert ist der an dem Wort Quorum. Diesen Antrag kann ich als Bürgermeisterin befürworten und den können wir gerne noch mal gemeinsam angehen. Der Antrag von Plan B ist zum Scheitern verurteilt.

Herr Reimer:

In der letzten OB-Sitzung hatten wir das Thema. Herr Heners war vor Ort und der Einzige, der dafür war. Selbst der Jurist im Ortsbeirat hat auf die juristischen Fallen hingewiesen. Es gibt keine klare geographische Trennung. Der Ortsteil Zossen/Dabendorf ist zusammengewachsen und man kann ihn nicht mehr trennen. Der Antrag würde nur Geld kosten und keinen Erfolg haben. Fast zwei Drittel der Mittel gehen nach Dabendorf und ein Drittel nach Zossen. Ein eigener Ortsteil Dabendorf würde sich verschlechtern.

Herr Leisten:

Logischerweise muss Dabendorf ein eigener Ortsteil werden. Allein schon die Einwohnerzahl von Dabendorf rechtfertigt das Prädikat Ortsteil zu geben. Die Entscheidung der Kommunalaufsicht müssen wir abwarten. Man sollte nicht schon von vornherein ablehnen. Ich werde die Entstehung eines Ortsteils Dabendorf unterstützen.

Frau Şahin-Connolly:

Ich werde zustimmen, wenn es ein Antrag ist, der umsetzbar ist. Ich biete an, den alten Antrag wieder zu aktivieren.

Herr Kaehlert:

Ich kann den Ausführungen von Herrn Reimer grundsätzlich folgen, aber die Eigenständigkeit von Dabendorf als Ortsteil hat sich in der Wahrnehmung geändert. Der Bürgerwille sollte hier beachtet werden und dem sollte gefolgt werden. Ich kann dem Antrag von Plan B zustimmen.

Frau Schreiber.

Wieso haben Sie seit einem dreiviertel Jahr keine Initiative gezeigt, den Antrag so, wie Sie ihn formuliert hätten, in die SVV einzubringen? Die Punkte jetzt sind nicht viel anders als im Juli. Es wurden nur Punkte gekürzt oder anders formuliert.

Frau Schreiber liest Punkte aus dem alten Antrag und dem neuen Antrag vor und vergleicht diese.

Es ist ein händlerbarer umsetzbarer Beschluss.

Frau Şahin-Connolly stellt einen Änderungsantrag:

Wortlaut wie 058/23/01:

1. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unter Beteiligung des Ortsbeirates des bestehenden Ortsteiles Zossen, den Prozess zur Aufhebung des Ortsteiles Zossen und den Prozess zur Bildung zweier Ortsteile, Zossen und Dabendorf, einzuleiten.
2. Für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens sind von der Hauptverwaltungsbeamtin alle Beschlüsse vorzubereiten und den erforderlichen Gremien rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen.
3. Zur nächsten SVV ist hierzu ein Zeitplan und ein Ablaufplan von der

Hauptverwaltungsbeamtin vorzulegen, einschließlich der Zahlen der Einwohner im Ortsteil Zossen und jetzigen bewohnten Gemeindeteil Dabendorf.

Es findet eine Pause von 20:49 Uhr bis 20:58 Uhr statt.

Herr Belger liest den Änderungsantrag vor.

Frau Schreiber wird gefragt, ob sie auf getrennte Abstimmung zwischen den beiden Anträgen besteht.

Frau Schreiber

Sollte der Änderungsantrag keine Mehrheit finden, dann bestehe ich auf Abstimmung unseres Antrags.

Herr Belger lässt den Änderungsantrag namentlich abstimmen.

Frau Leisten ist zur Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unter Beteiligung des Ortsbeirates des bestehenden Ortsteiles Zossen, den Prozess zur Aufhebung des Ortsteiles Zossen und den Prozess zur Bildung zweier Ortsteile, Zossen und Dabendorf, einzuleiten.
2. Für die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens sind von der Hauptverwaltungsbeamtin alle Beschlüsse vorzubereiten und den erforderlichen Gremien rechtzeitig zur Entscheidung vorzulegen.
3. Zur nächsten SVV ist hierzu ein Zeitplan und ein Ablaufplan von der Hauptverwaltungsbeamtin vorzulegen, einschließlich der Zahlen der Einwohner im Ortsteil Zossen und jetzigen bewohnten Gemeindeteil Dabendorf.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer		X	
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco			X
Kniesigk, Torsten			X
Krebs, Ronja			X
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njamasch, Marko			X
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke	X		

Schmitt, Ilona		X	
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard			X
Tobianke, Toni			X
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	5	6

Der Änderungsantrag wurde angenommen.

10.3

Beitrittsbeschluss zur Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landkreises Teltow-Fläming zur Haushaltssatzung der Stadt Zossen für das Haushaltsjahr 2025.

010/25

Frau Şahin-Connolly stellt den anwesenden Stadtverordneten und Einwohnern die Beschlussvorlage vor.

Frau Schreiber:

Welche Unterlagen haben Sie uns zur Verfügung gestellt? Ich gebe hiermit wortwörtlich zu Protokoll:

„Ich habe die Genehmigungsverfügung des Landkreises nicht zur Kenntnis erhalten. Ich kenne die dort enthaltenen Auflagen und Bedingungen nicht. Die Mitglieder meiner Fraktion haben diese auch nicht erhalten. Wir können nicht einen Beitrittsbeschluss zu etwas fassen, das wir inhaltlich nicht vollständig kennen. Es ist die Aufgabe der HVB uns Stadtverordneten alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die wir für eine Entscheidung benötigen. Sie sind hier Ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen.“

Wir haben nichtöffentlich per Mail Informationen erhalten, die die Einnahmeseite betrifft. Haben Sie uns öffentlich hinsichtlich der Prognosezahlen, die Sie im November getätigt haben heute etwas mitzuteilen, was die Prognose ändert? Haben Sie mittlerweile weitere konkretere Zahlen erhalten, die Sie uns mitteilen müssten? Nach jetzigem Stand fehlen von der Prognoseannahme 15 Mio. Es sind dann nur noch 38 Mio. Einnahmen. Davon sind 25 Mio. Kreisumlage und 5 Mio. Gewerbesteuerumlage zu zahlen. Sind noch 8 Mio. übrig. Die Personalkosten nur für die Kernverwaltung und technisches Personal liegen bei 9 Mio. Sie haben dann nicht das Geld alle Mitarbeiter, Strom, Gas und Wasser zu bezahlen. 3 Mio. KMS-Umlage haben Sie hier noch nicht berücksichtigt und voraussichtliche Rückzahlungen von Steuereinnahmen aus 24 auch nicht. Sie haben jetzt ein strukturelles Defizit von 20 Mio. und keine Rücklage. Jeder Cent den Sie für eine neue Kreditaufnahme zahlen würden, ist ein massiver Eingriff in die kommunale Finanzwirtschaft. Wird der Kämmerer eine Haushaltssperre verhängen? Welche Prognosezahl gibt es Stand heute für die Gewerbesteuerereinnahme 2025?

Frau Şahin-Connolly:

Die Unterlagen haben Sie erhalten. Sie kennen den Haushalt. Sie hatten die Möglichkeit sich immer davon zu überzeugen, dass das richtig ist was die Verwaltung vorträgt und was die Beschlussvorlage betrifft. Wir hätten Ihnen Akteneinsicht gewähren können. Das haben Sie nicht wahrgenommen. Sorgen macht uns die KMS-Umlage. Wenn Sie die Haushaltsprognosen für die kommenden Jahre berücksichtigt hätten und die Rücklagen richtig zusammengerechnet hätten, dann sehen Sie, dass auch dieser Haushalt pari sein kann. Die pflichtigen Aufgaben einer Kommune nehmen immer mehr zu. Deswegen haben wir so viele Mitarbeiter. Alle Kommunen können ihre pflichtigen Aufgaben nicht mehr so erfüllen, wie sie wollen. Wichtig ist, dass wir in unsere Infrastruktur investieren.

Herr Krolik:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen haben Sie nicht berücksichtigt. Wir bekommen noch 18 Mio. für allgemeine Umlagen. Somit ist der Betrag viel höher. Wir haben die Informationen aus dem nichtöffentlichen Teil der Kommunalaufsicht mitgeteilt. Es sind momentan erstmal nur Indizien. Wir sollen an dem Prozess festhalten. Wir brauchen jetzt den Beitrittsbeschluss um den Haushalt aufstellen zu können. Sollte es Änderungen geben, dann müssen wir natürlich reagieren. Wir können dem jetzt hier so zustimmen. Es wird einen Folgetermin geben, aber bis jetzt gab es noch keine Änderungen. Wir werden behutsam mit den Mitteln umgehen. Im letzten Jahr haben wir schon eine Zusage bekommen, die aber erst 2025 liquiditätswirksam wird. Die 15 Mio. sind das Worst-Case-Szenario.

Frau Schreiber:

Wie können Sie vertreten, dass Sie für 2025 einen Anstieg von 16 Stellen außerhalb der Kitas haben? Haben Sie vor diese Stellen zu besetzen?

Die Firma hat mitgeteilt, dass sie gelöscht ist. Wo soll da Geld herkommen? Wie kommen Sie zu der Annahme, dass wir für 24 noch zusätzliche positive Rücklagen bilden können, wenn die Löschung zum Sommer 24 wirksam war und wir noch für ein halbes Jahr Rückzahlungen am Hals haben?

Herr Krolik:

Wir wollten Sie vorsorglich informieren. Sie malen den Teufel an die Wand und erzählen nur eine Hälfte. Die Muttergesellschaft wird zukünftig in Zossen einen Sitz haben. Im letzten Jahr haben wir eine Steuernachzahlung für 2023 in Höhe von 5 Mio. bekommen. Ich gehe davon aus, dass wir diese wieder bekommen werden, die das andere Halbjahr dann abfängt bzw. teilkompensiert. Wir sehen Potenzial bei der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer. Vielleicht müssen wir auch gar nichts ändern. Aktuell sind keine Fakten da.

Frau Schreiber stellt einen GO-Antrag auf kurze Herstellung der Nichtöffentlichkeit um über die nichtöffentlichen Punkte zu diskutieren.

Herr Belger:

Brauchen wir jetzt die Nichtöffentlichkeit? Die Diskussion hatten wir im FSB. Es gibt keine neuen Informationen. Ich würde gerne in der Rednerliste weitergehen und dann zur Abstimmung kommen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie haben gesagt, dass sie sowieso nicht zustimmen. Es gibt nichts was wir nichtöffentlich beraten müssen. Die Kommunalaufsicht sagt wir müssen Ihnen die Fakten mitteilen. Das haben wir getan. Sowie sich die Situation ändert, sind wir verpflichtet sie zu informieren und zu reagieren.

Herr Belger lässt den GO-Antrag zur Herstellung der nicht Öffentlichkeit von Frau Schreiber namentlich abstimmen.

Abstimmung zum GO-Antrag von Frau Schreiber:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		X	
Broschell, Stefan		X	
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer		X	
Heinrich, Eleonore		X	
Hille, Fritz		X	

Juricke, Matthias	X		
Just, René		X	
Kaehlert, Jens		X	
Kerbs, Marco		X	
Kniesigk, Torsten		X	
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar		X	
Leisten, Martina		X	
Meske, Jens Werner		X	
Njammasch, Marko		X	
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke		X	
Schmitt, Ilona		X	
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	24	0

Der GO-Antrag wurde abgelehnt.

Frau Reglin:

Wir haben letztes Jahr etliche Gewerbesteuern zurückzahlen müssen. Haben wir das für dieses Jahr auch berücksichtigt? Wann müssen wir bezüglich des besonderen Geschäftsvorfalls 2019 damit rechnen, dass wir die 18,6 Mio. zurückzahlen müssen und wie hoch ist der Zinsanteil? Ich habe da Bauchschmerzen.

Frau Şahin-Connolly:

Es gibt dort keine neuen Erkenntnisse. Der Zinsanteil beträgt 5 %.

GO-Antrag Giesecke:

Die Rednerliste wird nur kurz eröffnet und dann ohne laute Ankündigung geschlossen. Eine Diskussion ist nicht möglich. Ich bitte, dass die Rednerliste erst geschlossen wird, nach der Frage ob es noch weitere Wortmeldungen gibt.

Herr Belger:

Ich werde versuchen das zu berücksichtigen, aber die Tagesordnung ist sehr voll und wir sollten unsere Sacharbeit in die Ausschüsse legen und hier Entscheidungen treffen.

GO-Antrag Herr Njammasch:

Ende der Debatte und Bitte um Abstimmung

Herr Belger geht zur namentlichen Abstimmung über.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, der Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde zur Versagung eines Teilbetrages des in der Haushaltssatzung 2025 festgesetzten Gesamtbetrages der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 2.000.000 EUR

(Bescheid vom 21.01.2025, Aktenzeichen: 15 31 03.22.1/24) beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan			X
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens			X
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina	X		
Meske, Jens Werner	X		
Njammassch, Marko	X		
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	6	2

Der Beschluss wurde angenommen.

10.4 Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Zossen

129/24/03

Frau Sahin-Connolly:

Es gibt eine Änderung. Ich bitte darum, dass wir heute maximal den Paragraphen zum Jugendbeirat abstimmen. Es gab dazu einen Änderungsantrag von einer Fraktion. Das Beitrittsalter soll auf 21 geändert werden und die Legislaturperiode soll für 2 Jahre angesetzt werden. Alles andere zum Thema Hauptsatzung möchte ich heute nicht zur Abstimmung bringen. Der Seniorenbeirat hat sich zu der Thematik noch positioniert, hierzu ist aber vorerst noch ein Termin in der Verwaltung zwingend notwendig. Es gab weiterhin einen Änderungsantrag einer Fraktion, mit dem die Verwaltung grundsätzlich mitgehen kann, was dann aber zur Folge hat, dass der § 13 komplett überarbeitet werden muss. Wir müssen uns noch mal mit dem Thema Gleichstellungsbeauftragte befassen. Da wir aber ein rechtliches Defizit bezüglich der Beteiligung von Jugendlichen haben, bitte ich darum, dass wir heute per Beschluss sagen, dass die Stadt weiter am Jugendbeirat arbeiten kann. Alles andere werden wir im RO wieder als Vorlage haben.

Herr Belger:

Man kann nicht nur einen Paragraphen beschließen. Ich denke man kann nur eine Absicht bekunden und in die Ausschüsse zurückverweisen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir benötigen den Jugendbeirat. Um die Verwaltung handlungsfähig zu machen, bitte ich, dass der Auftrag kommt, an dem Thema Jugendbeirat so wie besprochen festzuhalten, mit den Änderungen der Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90.

Frau Schreiber:

Auf der Tagesordnung steht die Neufassung der Hauptsatzung. Es geht nicht als Protokollbeschluss. Außerdem wurden im § 7 im RO andere Dinge festgelegt, als das was hier vorgelegt wurde.

Frau Şahin-Connolly:

Wir beschließen heute keine Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Zossen. Wir geben aber der Stadt Zossen einen Arbeitsauftrag per Protokoll mit. Wir gehen mit diesem Arbeitsauftrag in das Bewerben um Teilnehmer und um die ersten Konzepte zu finden. Der Jugendbeirat kann mit seiner Arbeit erst starten, wenn wir die Neufassung der Hauptsatzung haben.

Es findet eine Pause von 21:39 Uhr bis 21:47 Uhr statt.

GO-Antrag Frau Şahin-Connolly:

Fortführung der Sitzung bis 23:00 Uhr

Herr Belger lässt den GO-Antrag namentlich abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag von Frau Şahin-Connolly:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René		X	
Kaehlert, Jens		X	
Kerbs, Marco		X	
Kniesigk, Torsten		X	
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar		X	
Leisten, Martina		X	
Meske, Jens Werner		X	
Njammasch, Marko		X	
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven		X	
Şahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	19	0

Der GO-Antrag wurde abgelehnt.

GO-Antrag Frau Schreiber:

Ich beantrage die SVV am 24.03.2025 fortzuführen und ich rege an, in Zukunft mit Fortführung einzuladen.

Frau Şahin-Connolly:

Am 24.3. ist der FSB. Die komplette nächste Woche würde es gehen. Mit einer Fortführung dürfen wir nicht einladen. Wir müssen das kurz vor Sitzungsende beantragen. Wir könnten am 19.3., Mittwoch, die Sitzung fortführen.

Frau Schreiber:

Ich habe extra einen Termin beantragt, bei dem die Einladungs- und Bekanntmachungsfrist eingehalten werden kann, sodass neu eingeladen wird und alle Tagesordnungspunkte wieder enthalten sind. Nächste Woche war keine Sitzung geplant und Stadtverordnete haben sich vielleicht etwas anderes vorgenommen.

Frau Şahin-Connolly:

Sie selber haben bei der Kommunalaufsicht dafür gesorgt, dass das rechtlich nicht funktioniert und wir das so nicht mehr machen dürfen.

GO-Antrag Frau Şahin-Connolly:

Fortführung der SVV am 19.03.2025, 19 Uhr

Herr Reimer:

Ich beantrage den Protokollbeschluss für den Jugendbeirat heute zu Ende zu bringen.

Herr Belger:

Der Tagesordnungspunkt ist offen und wird auch zu Ende geführt.

Rechtlich ist der 19.3. möglich.

Herr Belger lässt den GO-Antrag von Frau Şahin-Connolly namentlich abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag von Frau Şahin-Connolly:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina		X	
Meske, Jens Werner	X		

Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten		X	
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona		X	
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	8	0

Der GO-Antrag wurde angenommen.

Herr Belger:

Die Sitzung wird am 19.03.2025 um 19 Uhr hier im Kulturforum fortgeführt.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben gesagt, dass der Änderungsantrag von der Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90 zu § 7 in den Entwurf der Hauptsatzung eingearbeitet werden soll.

Frau Şahin-Connolly zieht Die BV 129/24/03 von der Tagesordnung zurück.

Herr Belger

Die Verwaltung wird beauftragt, den Änderungsantrag 027/25 bezüglich

Punkt 1 § 7(1)a)

Es ist der Satz zu ergänzen:

“Die Arbeitsperiode des Beirates beträgt zwei Jahre.”

§ 7 (1) b) Satz 3

Die Mitglieder werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Dauer von zwei Jahren der Arbeitsperiode des Beirates durch Abstimmung benannt.

und

Punkt 2 § 7 (1)b)

Satz 1 neu:

Mitglied des Kinder- und Jugendbeirates können nur Einwohner der Stadt sein, die am Tag ihrer Berufung das 21. Lebensjahr nicht vollendet haben.

in den nächsten Entwurf der Hauptsatzung einzuarbeiten.

Herr Belger lässt dazu namentlich abstimmen.

Abstimmung zum Änderungsantrag §7 (1) a) und b)

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan			X
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		

Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina			X
Meske, Jens Werner	X		
Njammasch, Marko	X		
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Voltz, Uwe	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	0	2

Herr Belger unterbricht die Sitzung um 22:02 Uhr.
Die Sitzung wird am 19.03.2025 um 19 Uhr hier im Kulturforum fortgeführt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Zossen

a) in der vorliegenden Form

Abstimmungsergebnis

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		X	
Broschell, Stefan			
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas		X	
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten			X
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Leisten, Martina			X
Meske, Jens Werner	X		

Njamasch, Marko		X	
Preuß, Carsten	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke		X	
Schmitt, Ilona	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard		X	
Tobianke, Toni		X	
Voltz, Uwe		X	
Wilke, Matthias	X		

Herr Just (online) hat keine Stimme abgegeben.

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	10	2

10.5 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH

001/25

Die Sitzung wird am 19.03.2025 ab 19:04 Uhr fortgeführt.

Herr Njamasch, Herr Wilke und Herr Reimer nehmen online an der Sitzung teil.

Es sind 20 Stadtverordnete anwesend.

Entschuldigt: Herr Meske, Frau Leisten, Frau Schmitt

nicht anwesend: Herr Preuß, Herr Kniesigk, Herr Voltz

Herr Just nimmt ab 19:11 Uhr an der Sitzung teil.

Frau Schreiber:

Wortprotokoll: „Ich habe als Stadtverordnete, die von der SVV in den Aufsichtsrat entsandt wurde, dem Jahresabschluss 2023 im Aufsichtsrat nicht zugestimmt. Im Jahresabschluss 23 sind Positionen enthalten, die noch aus dem Jahr 22 offen waren und über die ich im Aufsichtsrat vor der Abstimmung Auskünfte und Erklärungen verlangt habe und diese vor der Abstimmung nicht erhalten habe. Darauf habe ich auch in der Aufsichtsratssitzung hingewiesen. Aus der jetzigen SVV öffentlichen Beschlussvorlage und dem angefügten öffentlichen Auszug aus dem Jahresabschluss ergibt sich auf Seite 5 der Anlage 3 eine Rückstellung in 2022 von mehr als 2 Millionen Euro und in 2023 eine Rückstellung von mehr als einer halben Million Euro wegen Personal. Das ist in der Begründung so auch aufgeführt und meine Fragen die im Aufsichtsrat nicht vor der Abstimmung beantwortet wurden möchte sie hier auch noch einmal mitteilen.

Diese Rückstellung für Personal ging auf dem Rechtsstreit den der Gesellschafter also Frau Şahin mit Herrn Kosicki, dem 30 Jahre lang als Geschäftsführer in der ZWG tätigen Mitarbeiter geführt hat und aus diesem Streit und der Kündigung, stand ja auch in der MAZ, deswegen kann ich das sagen, fristlose Kündigung, wurden von Anfang an gleich in 22 diese Rückstellungen gebildet, weil man Sorge hatte, berechnete, dass es zu hohen Zahlungen der ZWG kommen würde aus diesem Rechtsstreit. Was dann in einem bestimmtem Umfang auch eingetreten ist über den ich hier im öffentlichen Teil nichts sagen werde aber die Stadtverordneten im nicht öffentlichen Teil sich nochmal zu Gemüte führen sollten, denn dieses Geld steht dem eigentlichen Gesellschaftszweck für sozial verträglichen Wohnraum und Sanierung von den Wohnungen im Eigentum der ZWG nicht mehr zur Verfügung, weil jemand diese Kündigung ausgesprochen hatte, die keinerlei Begründung hatte.“

Frau Şahin-Connolly:

Denken Sie über Ihren Protokolltext nach. Sollen wir das so wirklich 1 zu 1 mitaufnehmen? Möchten Sie etwas korrigieren oder hinzufügen? Möchten Sie darüber nachdenken was öffentlich oder nicht öffentlich ist? Denken Sie nochmal darüber nach?

Frau Schreiber:

Das Thema Aufsichtsrat und was öffentlich und nichtöffentlich ist sollten wir im RO diskutieren. Sie haben absichtlich darauf hingewiesen, was in der öffentlichen Beschlussvorlage steht. Es bleibt bei der wortwörtlichen Mitteilung im Protokoll.

Herr Reimer:

Er habe das Protokoll vom Aufsichtsrat gelesen. Das haben Sie so nicht gesagt. Sie tun so als wären die Rückstellungen grundlos. Sie haben Verträge gemacht, auch nach Ihrer verlorenen Wahl. Diese Verträge mussten erfüllt werden. Er habe ebenfalls einen Jahresabschluss gemacht. Wir haben dann eine Meldung nach der Prüfung bekommen und danach eine Sitzung mit den entsprechenden Entscheidungen. Es gab gravierende Gründe. Diese wurden im Prozess behandelt. Vielleicht sollten wir nur eine SVV oder einen RO machen die nicht öffentlich sind und alle Stadtverordneten umfänglich informieren.

Herr Leisten:

Der Jahresabschluss wurde extern geprüft. Der Jahresabschluss war vollkommen in Ordnung. Wir sollten mit dem Abschluss bis zum Vergleich warten.

Herr Czesky:

Die Vorgänge die vorher waren, waren sehr grenzwertig. Mit dem Vergleich wurde es gerettet.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH mit einer Bilanzsumme von 15.793.117,09 EUR und einem Jahresüberschuss von 1.989.974,96 EUR.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens			X
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute			X
Reimer, Sven	X		

Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela			
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	4	2

Der Beschluss wurde angenommen.

10.6 Entlastung des Geschäftsführers der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH Jan Krolik für das Kalenderjahr 2023 002/25

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Entlastung des Geschäftsführers der Zossener Wohnungsbaugesellschaft mbH Jan Krolik für das Kalenderjahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens			X
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute			X
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	4	2

Der Beschluss wurde angenommen.

10.7 Umbau, Anbau und Sanierung der "alten Feuerwehr" im OT Lindenbrück zum Dorfgemeinschaftshaus 125/24

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben den Förderantrag gestellt und dafür benötigen wir die Baugenehmigung. Diese haben wir bekommen. Die Kostenschätzung war aus 2023 und wir können nun von einer Preiserhöhung ausgehen. Wir rechnen mit 200.000 Euro. Der FSB stimmt zu, wenn 70% Fördermittel bewilligt werden. Machen wir das Projekt abhängig von

den Fördermitteln oder setzen wir es auch ohne Fördermittel um?

Frau Schreiber:

Seit über einem Jahr, wo es um Lindenbrück und Schünow geht, wird von Ihnen immer wieder gesagt, dass es mit Fördermitteln passieren soll. Warum stellen Sie die Frage? Das belastet sonst den Haushalt mit dem Gesamtbetrag von mindestens 200.000 Euro.

Zu Protokoll:

„Gibt es neue Erkenntnisse Stand inkl. heute von hinsichtlich der Prognose der Gewerbesteuererinnahmen? Denn Sie hatten ja mitgeteilt oder wir sind in Kenntnis gesetzt, dass es eigentlich Ende Februar dort eine neue Entscheidung oder Mitteilung Festsetzung geben sollte. Wir haben jetzt Mitte März, deshalb frage ich, haben Sie neue Erkenntnisse?

Herr Belger: „Konzentrieren Sie Ihre Frage auf die Beschlussvorlage. Danke.“

Frau Schreiber: „Herr Vorsitzender das werde ich auch ausführen, das es eigentlich auch logisch für jeden Stadtverordneten, wenn es diese neue Erkenntnisse gibt, erstmal Ende zu Protokoll.“

Frage: Wenn es diese neue Erkenntnisse gibt, sie möchte auch die Antwort zu Protokoll haben, dann ist klar, dass es keinerlei Geld für freiwillige Ausgaben mehr gibt in diesem Haushalt, bevor wir dort nicht einen Kassensturz gemacht haben und geklärt haben wofür Geld ausgegeben werden kann und wofür nicht.

Frau Şahin-Connolly:

Ja, der FSB hat gesagt, wenn Fördermittel in Höhe von 70% gewährt werden dann machen wir das. Das Geld haben wir auch dementsprechend eingestellt. Die SVV kann darüber entscheiden ob sie dem Vorschlag des Finanzausschusses folgen möchte oder nicht oder ob sie es gar nicht will. Sie haben hier heute in der SVV 3 Möglichkeiten. Die Einschätzung des Kämmerers und der Verwaltung ist, dass wir es machen wenn wir Fördermittel kommen. Wollen Sie das Projekt, wollen Sie es nicht oder nur mit Fördermitteln?

Herr Krolik

Zur Gewerbesteuer, sobald wir neue Erkenntnisse haben, informieren wir Sie. Es sollte Ende Februar was kommen, aber noch haben wir nichts. Er ist für die Fördermittel. Wann es realisiert werden kann ist es eine andere Sache. Die beidem Schulen und der Bummi haben Prio 1.

Herr Lorenz-Kricke:

Er habe Bedenken. Es ist keine Pflichtaufgabe. Wir müssen erst die pflichtigen Aufgaben machen. Solange private Bauherren Feuerlöschbrunnen zahlen müssen, kann er dem nicht zustimmen.

Herr Giesicke:

Er weigert sich, dass wir aufgrund der drohenden Gefahr in die Haushaltssicherung gehen müssen. Wenn es Zwang von außen gibt, dass man manche freiwillige Maßnahmen nicht umsetzen kann, ist es Schicksal. Nichts zu tun ist Vorsatz. Der Bundestag hat das Sondervermögen beschlossen. Unsere Chancen für Fördermittel waren noch nie so groß wie jetzt.

Herr Njammasch:

Er möchte, dass wir uns an die 70% Fördermittel halten.

Herr Reimer:

Der Ortsvorsteher von Lindenbrück bat ihn das Ergebnis vom Ortsbeirat mit 3 Ja-

Stimmen zu nennen.

Auch die Feuerwehr in Wünsdorf wurde gebaut als es auch Fördermittel bis zu 70% gab. Am Ende zahlten Sie Frau Schreiber das komplett alleine. Unsere Fraktion ist sehr zufrieden, was wir letztes Jahr an Fördermitteln bekommen haben.

Frau Reglin

Nur wenn wir Fördermittel bekommen stimmen wir dem zu.

Frau Şahin-Connolly:

Der Zusatz „...für den Ortsteil Lindenbrück und seine Gemeindeteile notwendigen Um-, Ausbau- und Sanierungsarbeiten, *sofern Fördermittel in Höhe von 70 % der Gesamtsumme gewährt werden.*“ wird mit aufgenommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die für den Umbau des alten "Feuerwehrgerätehauses" in Lindenbrück zu einem Dorfgemeinschaftshaus (DGH) für den Ortsteil Lindenbrück und seine Gemeindeteile notwendigen Um-, Ausbau- und Sanierungsarbeiten, sofern Fördermittel in Höhe von 70 % der Gesamtsumme gewährt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan			X
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
19	1	1

Der Beschluss wurde mit Änderung angenommen.

10.8 Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes 44/03-a "Am Bahnhof" 114/24

Frau Şahin-Connolly:

Morgen gibt es dazu eine Bürgerversammlung wie wir das Bahnhofsumfeld gestalten wollen. Bis die Themen bearbeitet sind benötigen wir die Veränderungssperre.

Herr Lorenz Kricke:

Es wurde im November 2022 bekannt gemacht und greift für 2 Jahre. Eine Verlängerung ist nur in dieser Zeit möglich. Die BV war im November auf der TO. Heute mehr als 3 Monate ist dies nicht mehr möglich.

Frau Şahin-Connolly:

Das sehen wir anders. Es war auf der SVV, aber da war es nicht die Satzung. Jetzt ist es die Satzung. Wir wollen die Veränderungssperre über den B-Plan fortführen.

Frau Schreiber:

Auch im November sind wir nicht mit der Sitzung durchgekommen. Die Veränderungssperre wurde da nicht mehr beschlossen. Es ist Ende November ausgelaufen. Wir können heute keine Veränderung beschließen und müssen den korrekten Weg gehen. Jeder Bürger der da einen Bauantrag gestellt hat oder ihn jetzt noch stellen sollte, müsste jetzt genehmigt werden. Wenn wir das heute beschließen stimmt der Landkreis da nicht zu. Es soll das korrekte Verfahren eingehalten werden nicht wie bei der Gerichtstraße.

Frau Şahin-Connolly:

Die Gerichtstraße war ein anderer Sachverhalt. Da haben wir über die Aufstellung diskutiert. Hier reden wir über eine Verlängerung. Die Verwaltung kam dem nach. Es ist nicht die Schuld der Verwaltung, wenn wir es nicht auf der SVV schaffen.

Frau Schreiber stellt einen Geschäftsordnungsantrag und teilt mit, dass Herr Juricke sich online nicht einwählen kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die in der Anlage 1 über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes 44/03-a „Am Bahnhof“, gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 Baugesetzbuch (BauGB).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore			X
Hille, Fritz			X
Just, René	X		
Kaehlert, Jens		X	
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammassch, Marko	X		
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	6	2

Der Beschluss wurde angenommen.

10.9 Grundsatzbeschluss für eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschienen in Wünsdorf 020/25/01

Herr Juricke nimmt online an der Sitzung teil.

Frau Şahin-Connolly:

Unter Punkt 5 wird der Eigenanteil mit 10% gestrichen und der letzte Satz.

Herr Leisten:

Änderung HA wird gelassen... Wenn der Satz drinnen lebt kann er dem nicht zustimmen.

Frau Şahin-Connolly:

Es ist eine Absicherung gegenüber der Verwaltung, dass wir die Gelder nicht im Haushalt einstellen müssen. Wir können regelmäßig Recherchen machen. Wenn wir die Schritte durch haben und dann immer noch keine Finanzierung seitens Förderprogramme möglich ist, dann könnte es bedeuten, dass die Verwaltung das umsetzen muss. Bei der Brücke werden wir bei 6 Mio. Euro sein.

Im Protokoll: Die Brücke aus dem Haushalt der Stadt Zossen ist nicht finanzierbar und wir benötigen eine Finanzierung und eine in Anspruchnahme von Fördermitteln. Wir können den Beschluss nur mit Fördermitteln umsetzen.

Die alten Unterlagen gehören nicht der Stadt Zossen sondern der DB und diese haben noch keine Einwilligung gegeben, dass wir die Unterlagen an Sie aushändigen dürfen. Wir haben es beantragt aber noch keine Antwort.

Herr Leisten:

Wenn es so im Protokoll steht, dann können wir das machen.

Frau Şahin-Connolly:

Wenn wir den Satz streichen, aber im Protokoll stehen haben, können wir damit leben.

Frau Schreiber:

Die Studie gehört der Stadt und ist in Ihrem Besitz. Diese Unterlagen sollten schnellstmöglich zur Verfügung gestellt werden. Diese Unterlagen sind nicht Eigentum der DB.

Wir hatten die BV im HA und haben dort lange diskutiert. 10% Eigenanteil rauszunehmen hatten Sie zugesagt.

Frau Şahin-Connolly:

Sie ist erstaunt, dass die relevanten Unterlagen der Bahn gehören. Wir haben es so verstanden, dass wir Unterlagen im Rathaus haben. Dann haben wir im Archiv gesucht. Es sind nicht unsere Unterlagen. Die Unterlagen gehören der DB und wir benötigen dafür die Zustimmung.

Änderungsvorschlag:

Unter Punkt 5 wird „...sofern der Eigenanteil max. 10% beträgt...“ gestrichen und der letzte Satz „Die SVV ist sich darüber einig, dass die Stadt Zossen dieses Projekt ohne Fördermittel nicht umsetzen kann.“ wird aus dem Beschluss gestrichen, muss aber im Protokoll stehen.

Herr Schulz stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte und auf

sofortige Abstimmung.
Abstimmung: 10 / 11 / 0 abgelehnt

Herr Njammasch:

Die Chance wirklich Fördermittel zu erhalten steht gar nicht so schlecht. Wir müssen jetzt handeln und alles prüfen. Die Bürgerbeteiligung und Verkehrsführung sind sehr wichtig.

Herr Lorenz Kricke:

Er habe da grundlegende Bedenken, da die ganze Thematik der Friedenstraße außer Acht gelassen wird. Auch die Bahnunterführung der Chausseestraße wird da nicht behandelt.

Frau Reglin:

Trotzdem ist es wichtig angesichts der haushälterischen Lage den letzten Satz drinnen zulassen.

Herr Giesecke:

Was bedeutet bei einer Bahnquerung, was auf eine Brücke hinausläuft, barrierefrei? Was beschließen wir hier eigentlich? Ist es ein General-Ok für den Bau einer Brücke oder eine Standortsuche? Was soll die Fördermitteldiskussion?

Wenn wir die Projekte angehen soll die Verwaltung alle Mittel ausschöpfen um Fördermittel zu bekommen.

Frau Şahin-Connolly:

Wir sagten von Anfang an, dass die Brücke nicht kreuzungsrelevant ist. Es sind alle Rechtsmittel ausgeschöpft. Es muss eine weitere Querung kommen. Wo das in Wünsdorf sein wird kann man nicht abschätzen. Wir haben immer gesagt, dass wir ohne Fördermittel keine Brücke in der Friedenstraße hinbekommen. Wir wissen, was solche Brückengewerke kosten. Wir brauchen eine Querungsmöglichkeit, aber wir können es uns aus dem eigenen Haushalt nicht leisten. Dass das Thema immer wieder hochkommt ist einer Fraktion geschuldet. Dass Anwohner eine Klarheit haben wollen, kann man nachvollziehen. Wir machen keinen Placebo Antrag. Erlauben Sie uns hier mit dem Grundsatzbeschluss, die Arbeitsweise für die Verwaltung festzulegen. Sie erlauben uns dafür Personal zu binden und es regelmäßig zu prüfen. Das alles bindet Ressourcen. Sollte es zu einem Nachtragshalt kommen werden wir dafür 30.000 Euro investieren.

Herr Giesecke:

Wir beschließen hiermit nicht den Bau?

Frau Şahin-Connolly:

Nein, nur die Planung und Vorbereitung.

Herr Reimer

Er beantragt erst über den weitreichenden Antrag abstimmen zu lassen Wir machen hier Ausschussarbeit.

Frau Şahin-Connolly:

Mit der Beantragung der Fördermittel müssen wir in die SVV. Deswegen können wir mit einem Eigenanteil von max. 10 % gut leben. Es ist kein Risiko für den Antrag und die Verwaltung.

Abstimmung:

Unter Punkt 5 wird „...sofern der Eigenanteil max. 10% beträgt...“ gestrichen und der letzte Satz „Die SVV ist sich darüber einig, dass die Stadt Zossen dieses Projekt ohne Fördermittel nicht umsetzen kann.“ wird aus dem Beschluss gestrichen, muss aber

im Protokoll stehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, dass grundsätzlich eine weitere Querungsmöglichkeit der Bahnschiene für Wünsdorf geschaffen werden soll. Die Möglichkeit der Querung soll für PKW- und LKW- und Bus-Verkehr sowie für Fußgänger und Radfahrer geeignet sein. Die Barrierefreiheit ist zudem sicher zu stellen.

Die Verwaltung wird für die erste Phase der Umsetzung mit folgenden Aufgaben zur Vorbereitung der Projektrealisierung beauftragt.

1. regelmäßige Recherche nach möglichen Förderprogrammen für die Finanzierung dieses Projektes;
2. die Gespräche und Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zu einer weiteren Querungsmöglichkeit neu aufzunehmen und fortzuführen. Ziel dieser Gespräche soll eine Beteiligung der Finanzierung sein;
3. die Deutsche Bahn, falls erforderlich mit der Prüfung und Untersuchung nach geeigneten Standorten und geeigneten Varianten zu beauftragen; mögliche Synergien z.B. für eine Ortsumfahrung sind perspektivisch zu berücksichtigen.
4. für die SVV eine grobe Kostenschätzung zu erarbeiten sowie die Punkte 2 und 3 erste Ergebnisse vorweisen können
5. Beantragung der Fördermittel und einen Beschluss für die Beantragung bzw. Inanspruchnahme der Förderprogramme in der SVV herbeizuführen;
6. mögliche zusätzliche liquide Mittel für die Umsetzung dieses Projektes in die kommenden Haushalte mit einzuplanen;
7. eine Verkehrsstudie für den Einzugsbereich falls erforderlich zu beauftragen und mit regelmäßigen Verkehrszählungen und Messungen zu untermauern;
8. eine Einwohnerbefragung im Einzugsbereich zur Querungsmöglichkeit durchzuführen, sowie dieser konkret definiert ist. Ein Quorum ist nicht erforderlich. Die abgegebenen Stimmen der Befragung müssen über 50 % für die Weiterführung des Projektes zur Querungsmöglichkeit stimmen;
9. für die Punkte 1 bis 8 sind im Nachtragshaushalt 2025 30.000 EUR einzustellen;
10. die SVV einmal im Quartal über den Sachstand zu den Punkten 1 bis 7 zu informieren.

Sofern die Phase 1 abgeschlossen ist und insbesondere die Frage der Finanzierung vollumfänglich geklärt ist, muss die SVV zur Projektrealisierung weitere Schritte für die Umsetzung beschließen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata		X	
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		

Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute		X	
Reimer, Sven		X	
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	8	0

Der Beschluss wurde angenommen.

10.10 Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Teltow-Fläming zum Bundesprogramm Breitbandförderung "Graue Flecken" 006/25

Frau Krebs nimmt ab 20:20 Uhr online teil.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Den Abschluss der Kooperationsvereinbarung zur Übernahme der Aufgaben des Breitbandausbaus nach dem Förderprogramm "Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland (Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 - Graue Flecken)" mit dem Landkreis Teltow-Fläming.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	5	0

Der Beschluss wurde angenommen.

Sportstättenentwicklung in Zossen: Beschluss der

10.11 Fortführung des kooperativen Planungsprozesses zur 005/25

Umsetzung der Maßnahmenempfehlungen

Frau Schreiber:

Sie haben zugesagt, dass wir die Unterlagen erhalten sollen. Wir haben die Unterlagen nicht erhalten. Bitte stellen Sie diese kurzfristig zur Verfügung.

Sie braucht keinen großen Planer mit einem Auftrag oder Konzept. Viele Maßnahmen hätten von alleine von der Verwaltung gehandhabt werden müssen. Im Haushalt 2025 haben Sie sich so weitere personelle Stellen sichern können.

Frau Şahin-Connolly:

Die Präsentation steht online. Sie haben den Beschluss nicht verstanden. Konzepte sind notwendig um Fördermittel zu beantragen. Es geht um die Sportentwicklung der Stadt Zossen. Sie beschließen nicht die Umsetzung einer neuen Stelle. Man braucht so ein Konzept bevor man Gelder beantragen kann. Wir beschließen keine Maßnahmen.

Herr Njammasch:

Er habe dort als Vereinsvertreter mitgearbeitet. Frau Schreiber Sie treten gerade die Leute, die da viele ehrenamtliche Stunden reingesteckt haben.

Im ersten Konzept stand auch was saniert werden muss. Das war auch unter ihrer Führung. Das ist jetzt das zweite, welches darauf aufbaut. Wir beschließen nicht den Maßnahmenkatalog.

Frau Reglin:

Stammt das Projekt aus dem INSEK heraus?

Frau Şahin-Connolly:

Nein, es gab ein Abstimmungsbedarf mit den großen Vereinen, um zu sehen welche Fördermittel möglich sind. Dafür ist die Fortschreibung notwendig. Das alte Konzept ist aus den 2000er Jahren.

Frau Reglin:

Das Konzept hat auch schon Geld gekostet. Wie hoch war das? Sie ist voll dagegen, dass da keinen finanziellen Auswirkungen da stehen.

Frau Şahin-Connolly:

Alleine für das Konzept gibt es keine finanziellen Auswirkungen .Bei den Maßnahmen werden wir neue Beschlüsse mit den finanziellen Auswirkungen machen und diese in der SVV abstimmen. Der heutige Beschluss hat keine finanziellen Auswirkungen.

Frau Reglin:

Bei der Planung werden Ressourcen gebunden. Kann man die beziffern?

Herr Krolik:

Wenn wir das weiter befolgen ist es eine Grundlage dafür, dass wir Fördermittel bekommen. Für die Fördermittel benötigt man den Nachweis, wie das INSEK oder den Maßnahmenkatalog. Dann kann man Fördermittel zu den Maßnahmen beantragen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Fortführung des

Planungsprozesses.

Die Ergebnisse des vorgetragenen und vorgelegten Sportstättenentwicklungskonzepts für die Stadt Zossen werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt den bisherigen Prozess fortzuführen, um konkrete Umsetzungsvorschläge zu den Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und sie mit einer Zeitleiste sowie einer Kostenschätzung zu versehen. Dies impliziert die Unterbreitung von Vorschlägen für projektbezogene Beschlüsse durch Verwaltung und Politik. Die Akteure der kooperativen Planungsgruppe, zu denen die Politik, der organisierte Sport, Schulen und Interessensvertretungen gehören, werden regelmäßig durch Sachstandsberichte über den Fortschritt der einzelnen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	5	0

Der Beschluss wurde angenommen.

10.12 Befreiung von der textlichen Festsetzung Nr. 3.2 "Einfriedungen zwischen den Grundstücken..." für alle Grundstücke im B-Plan "Am Eiskutenberg" Nr. 10/02 im OT Wündsdorf 130/24

Herr Belger gibt den Vorsitz um 20:31 Uhr an den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Kaehlert ab, da er selbst davon betroffen ist.

Herr Belger nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der textlichen Festsetzung Nummer 3.2 „Einfriedungen zwischen den Grundstücken...“ wird für alle Grundstücke im Geltungsbereich des B-Planes "Am Eiskutenberg" Nr. 10/02 im OT Wünsdorf der Stadt Zossen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer		X	
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René		X	
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco		X	
Krebs, Ronja		X	
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke			X
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	4	2

Der Beschluss wurde angenommen.

10.13 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf) 014/25

Die Beschlussvorlage wurde durch die Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Befreiung von der Festsetzung der GRZ von 0,25 GRZ I und 0,30 GRZ II des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" im GT Waldstadt der Stadt Zossen die Flurstücke 940 und 941 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias			
Broschell, Stefan			
Christ, Stefan			
Czech, Beata			
Czesky, Thomas			
Giesecke, Peer			
Heinrich, Eleonore			

Hille, Fritz			
Juricke, Matthias			
Just, René			
Kaehlert, Jens			
Kerbs, Marco			
Kniesigk, Torsten			
Krebs, Ronja			
Lorenz-Kricke, Stefan			
Leisten, Edgar			
Njammasch, Marko			
Reglin, Ute			
Reimer, Sven			
Sahin-Connolly, Wiebke			
Schreiber, Michaela			
Schulz, Reinhard			
Tobianke, Toni			
Wilke, Matthias			

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	0	0

**10.14 Befreiung von den Festsetzungen des
Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT
Waldstadt der Stadt Zossen für das Flurstück
504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf)**

015/25

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:
die Befreiung von der Festsetzung der Baugrenze, der Firstrichtung und der
Dachneigung des
Bebauungsplanes "Im Eichenhain" im GT Waldstadt der Stadt Zossen für das
Flurstück 504 (Flur 15, Gemarkung Zehrendorf).

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela	X		

Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	0	0

Der Beschluss wurde angenommen.

10.15 Offenlagebeschluss über die 1. Änderung der Klarstellungssatzung und Neuaufstellung einer Ergänzungssatzung in Kallinchen

017/25

Frau Schreiber:

Haben alle Ortsbeiratsmitglieder oder nur die Ortsvorsteher die Unterlagen bekommen? Hat die Verwaltung Karten mit den Flächen rausgegeben?

Frau Şahin-Connolly:

Das ist im Bericht aus der Verwaltung. Wir haben mit Kallinchen angefangen und es werden andere Ortsteile folgen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

den anliegenden Entwurf über die 1. Änderung der Klarstellungssatzung und Neuaufstellung einer Ergänzungssatzung im OT Kallinchen zu billigen und für die Ergänzungssatzung die Öffentlichkeitsbeteiligung sowie die Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3(2) und 4(2) Baugesetzbuch (BauGB) durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias	X		
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Kniesigk, Torsten	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar			X
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
-------------	--------------	--------------

10.16 Beschluss über den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen 112/24

Herr Leisten:

Er nimmt es zur Kenntnis aber mehr auch nicht. Es ist nicht ausreichend umfänglich. Es wurde sich nur an den Bundesstraßen orientiert.

Frau Schreiber:

Die Verwaltung tut so als ob wir daran nichts weiter zu tun haben und müssen es nur zur Kenntnis nehmen. Die Erstellung erfolgt durch die Firma SVU Dresden, die wir bezahlt haben. Die Frage ist, warum wir zu bestimmten Teilen nicht mit einbezogen wurden. Wir haben das bezahlt und wir entscheiden auch über Umfang und Inhalt des Papiers. Sie kann nicht nachvollziehen, dass sich nur auf die Bundesstraßen bezogen wird und nicht auf kommunale Straßen oder Landesstraßen.

Frau Şahin-Connolly:

Der Bericht wird an ein Bundesministerium geschickt. Das erklärt auch, warum der Schwerpunkt die Bundesstraße ist. Lärm und Verkehrsmessung machen wir dort, wo es uns die Ortsbeiräte sagen. Genau das machen wir gerade.

Herr Kaehlert:

Die Bürger waren daran sehr interessiert. Lärm und Erschütterung waren da die Hauptpunkte. Alles Weitere kann man gesondert betrachten.

Frau Krebs:

Wir alle wissen, dass wir Radwege benötigen und wir ein Problem mit Lärm haben.

Frau Reglin:

Sie kann dem nur zustimmen. Sie wünscht sich, dass wir dahin kommen, dass wir den LKW-Verkehr aus der Stadt raus holen. Die meisten LKWs fahren nach Baruth weiter und versorgen nicht die Stadt. Es gibt viele Städte, die das schon durchgezogen haben.

Herr Juricke:

Er möchte darauf hinweisen, dass im Lärmaktionsplan nur Zossen und Wündsdorf erwähnt sind. Die anderen Ortsteile werden nicht erwähnt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

den Bericht zum Lärmaktionsplan der Stadt Zossen in seiner vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan		X	
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore		X	
Hille, Fritz		X	
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		

Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar			X
Njammassch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
14	8	1

Der Beschluss wurde angenommen.

**10.17 Antrag auf Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung
zur Beschilderung, Klaus-Voeckler-Ring - Nächst Neuendorf 009/25**

Frau Şahin-Connolly:

Frau Schreiber stellte die Frage, ob sich bei der Straßenbreite an den B-Plan gehalten wurde. Ja, wurde es.

Herr Lorenz-Kricke:

Ein verkehrsberuhigter Bereich heißt, dass man nur auf gekennzeichneten Flächen parken darf. Es ist da nur eine Fläche. Wie plant man sowas? Eine Straße ohne Gehweg, wenn da eine Kita hinkommt. Einen Feuerlöschbrunnen genau in die Kurve zu setzen ist auch nicht besser.

Herr Czesky:

Der Ortsbeirat ist dafür. 2 / 0 / 0

Wir wollten da schon immer einen verkehrsberuhigten Bereich haben. Es ist ein toller Bereich für Kinder. Die Kita hat eigene Zufahrt von der Bundesstraße. Die Leute der Kita müssen da nicht parken.

Herr Kaehlert:

Der Parkplatz hinter dem Gebäude ist für das Personal und der Parkplatz vorne ist für die Eltern?

Frau Şahin-Connolly:

Im verkehrsberuhigten Bereich darf man keine Fahrzeuge abstellen. Die Parkfläche müssen wir ausweisen. Links und rechts von der Straße parken geht rechtlich nicht, deswegen gibt es hinten die Parkfläche.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

die Verwaltung zu beauftragen, einen verkehrsberuhigten Bereich für den Klaus-Voeckler-Ring in Nächst Neuendorf zu prüfen und gegebenenfalls bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde des Landkreis Teltow-Fläming zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		

Broschell, Stefan	X		
Christ, Stefan		X	
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore	X		
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias		X	
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan		X	
Leisten, Edgar	X		
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias		X	

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	5	0

Der Beschluss wurde angenommen.

10.18 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 131/24/01 der Fraktion AfD vom 30.12.2024 eingegangen bei der Stadt Zossen am 26.02.2025 auf Bau einer Brücke über 131/24/02 die Eisenbahn in Wünsdorf Höhe Kreisverkehr Friedenstraße

Es findet eine Pause von 21:02 Uhr bis 21:11 Uhr statt.

Herr Leisten erklärt den Antrag.

Es gibt schon Unterlagen zu Planzeichnungen der Brücke, die wir vorliegen haben.

Herr Hille:

Die Präsentation Bahnquerungen die eigentlich jeder hier hätte haben müssen hat er bereits seit 2018. Frau Schreiber hat am 17.12.2019 im Bericht zur Übergabe des Amtes schriftlich im Amtsblatt mitgeteilt, dass der Bund die Übernahme der Kreuzungsmaßnahme nicht bestätigt hat. Danach war bis zum 21.12.19 Zeit ein Einspruch zu machen.

Warum ist dies nicht geschehen? Wer war dafür verantwortlich? In den Unterlagen steht alles ganz genau drin.

Frau Şahin-Connolly:

Die Antwort lautet Frau Schreiber. Sie wussten doch als sie den 10-seitigen Bericht geschrieben haben, dass die Bahn das Thema verweigert hat. Das wussten Sie bereits im März 2019. Der Planfeststellungsbeschluss ist vom 25.06.2019 und ist da bestandskräftig geworden, weil die Stadt Zossen die Klagefrist versäumt hat. Zossen hätte dem Planfeststellungsbeschluss nicht mit Erfolg angreifen können, da es nicht kreuzungsrelevant ist. Im November haben sie die Information per Bescheid erhalten.

Herrn Njammasch:

Wir haben gerade einen Grundsatzbeschluss beschlossen und lange genug darüber

gesprochen und nun diskutieren wir schon wieder.

Wir reden über die Planung, die vor 8 Jahren gemacht wurde. Es kam aber 2020 eine Änderung. Es muss eine Fehlerbehebung geben. Wir müssen eine vernünftige Lösung für die Bürger finden.

Herr Hille:

Es war eine Bahnquerung geplant und wir Bürger glauben bis heute daran. Vielleicht brauchen wir keine Fördermittel. Die Planungen sind doch alle da.

Frau Şahin-Connolly:

Wie kann der Bund Geld an eine Kommune ausschütten? Das geht nur über ein Förderprogramm. Die Planung und Kreuzungsvereinbarung wurden am 12.06.19 von Frau Schreiber unterschrieben. Dann hatte die Bahn das Thema der Brücke gar nicht mehr im Planfeststellungsbeschluss. Die Bahn hat die Brücke und das Thema so umgesetzt, dass die Brücke aus dem Vertrag gestrichen wurde. Darüber wurde Zossen informiert und Zossen hat keine Rechtsmittel eingelegt. Sie kennen unseren Haushalt da sind keine Millionen Euro für eine Brücke drinnen. Wir müssen das durch Fördermittel finanziert bekommen.

Herr Lorenz-Kricke:

In dem anderen Antrag fehlt das Wort Friedenstraße. Wir haben eine Feuerwehr für 6 Mio. Euro gebaut. Das haben wir aufgrund der Brücke gemacht. Das Schutzziel kann teilweise nicht mehr gehalten werden.

Frau Schreiber :

Es gibt viele Unterlagen die im Rathaus liegen. Diese sollen allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt werden. Es gibt eine Studie aus 2008, mehrere Präsentationen, eine Präsentation aus 2018.

Sie erwartet, dass wir das, was Sie uns zugesagt haben auch erhalten. Stellen Sie uns neben den Planungen der Bahn auch noch die Unterlagen zur Verfügung zum Planfeststellungsverfahren und den Bescheid der EBA. Wir brauchen die Brücke für die Wünsdorfer.

Frau Şahin-Connolly:

Wir haben rechtlich prüfen lassen, was machbar ist und machbar gewesen wäre. Das Gutachten hat jeder Stadtverordnete. Wenn es Ihnen so wichtig gewesen wäre, hätten Sie sofort Widerspruch eingelegt.

Herr Just stellt eine Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte.

Abstimmung: 19 / 2 / 2

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:

1. Die Verwaltung beabsichtigt in Wünsdorf, nahe Friedenstraße in Anlehnung an die bereits vorhandene Planung eine Brücke über die Eisenbahn zu bauen. Insbesondere sind im Vorfeld Finanzierungsfragen zu erörtern.
2. Die bisher vorhandenen Unterlagen werden den Gremien zur Verfügung gestellt.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, mit der Bahn AG zu erörtern, in welcher Form eine Unterstützung erfolgen kann und ggfs. in wieweit alternative Bahnquerungen für das betroffene Gebiet seitens der Bahn angeboten werden können.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias		x	
Broschell, Stefan	x		
Christ, Stefan	x		
Czech, Beata		x	
Czesky, Thomas		x	
Giesecke, Peer		x	
Heinrich, Eleonore	x		
Hille, Fritz	x		
Juricke, Matthias	x		
Just, René		x	
Kaehlert, Jens			x
Kerbs, Marco		x	
Krebs, Ronja		x	
Lorenz-Kricke, Stefan	x		
Leisten, Edgar	x		
Njammasch, Marko		x	
Reglin, Ute	x		
Reimer, Sven		x	
Sahin-Connolly, Wiebke		x	
Schreiber, Michaela	x		
Schulz, Reinhard		x	
Tobianke, Toni		x	
Wilke, Matthias	x		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	12	1

Der Beschluss wurde abgelehnt.

10.19 Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 31.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 02.02.2025 zur Steuerung von Sozialem Wohnungsbau in Zossen 004/25/01

Herr Just stellt den Antrag vor.

Herr Krolik:

Wie befürworten, dass wir in dem Bereich aktiv werden wollen. Ob wir eine Studie zeitnah hinbekommen, können wir nicht sagen. Unser Ziel sind 100 Wohnungen in 5 Jahren.

Herr Leisten:

In den letzten Jahrzehnten ist der soziale Wohnungsbau gescheitert. Es wäre besser die Mieter mit Wohngeld auszuhelfen. Schüler, Studenten, etc. sind dann nicht mehr aus der Wohnung zu bekommen. Man könnte das sinnvoller und gezielter machen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die zügige Umsetzung von sozialem Wohnungsbau auf Basis des INSEK in Zossen nach folgenden Kriterien zu erarbeiten und bis zum 12.03.25 der SVV vorzulegen.
 - a) Sanierungsbedürftige Bestandsimmobilien sollen besonders berücksichtigt werden.
 - b) Die Immobilien der ZWG sollen bevorzugt enthalten sein.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan		X	
Christ, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore		X	
Hille, Fritz			X
Juricke, Matthias			X
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan	X		
Leisten, Edgar		X	
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		
Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela	X		
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	3	2

Der Beschluss wurde angenommen.

**10.20 Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 14.01.2025
eingegangen bei der Stadt Zossen am 14.01.2025 auf
Änderung der Realsteuersatzung der Stadt Zossen, 007/25
Festsetzung der Grundsteuer B auf den vom Land
Brandenburg errechneten aufkommensneutralen Wert
von 240 %**

Frau Şahin-Connolly stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Sitzung am heutigen Tag.

Abstimmung: 18 / 4 / 1

Herr Christ stellt den Antrag ausführlich vor.

Herr Krolik:

Er versteht das Anliegen des Vertrages. Das ist aber nicht seine Aufgabe. Er soll einen ausgeglichen Haushalt präsentieren. Bei der Grundsteuer B gibt es eine leichte Erhöhung. Im Gegenzug sind es bei Grundsteuer A 17.000 Euro weniger. Die Nachzahlungen aus den Vorjahren gab es vorher nicht. Es ist eine platte Berechnung für das Transparentregister. Die Entscheidung wurde von Ihnen getroffen: Wir wollten uns dies explizit ansehen. Das können wir uns quartalsweise ansehen und anpassen. Bei der gewünschten Anpassung von Plan B hätten wir bei Grundsteuer B 251.000 Euro weniger zur Verfügung.

Frau Schreiber:

Sie erklärt den Beschluss.

Sie beantragt zusätzlich, dass aus dem FSB im Oktober die Präsentation übergeben

wird. Mit unserem Antrag wollen wir, dass sie uns eine Übersicht vorlegen der konkreten erlassenen Bescheide im Januar und Februar und diese gegengerechnet mit dem jetzt festgelegten Betrag. Viele Grundstücke wurden noch gar nicht beschieden.

Herr Krolik:

Die Grundsteuer B lag 2022 bei 1,727 Mio. Euro. Mit den aktuellen Daten sind nur noch 1,4 Mio. Euro übrig. Es gibt auch Bescheide die nicht mehr drunter fallen. Sie bekommen nicht von jedem den Bescheid. Sie können gerne eine Akteneinsicht beantragen um zu gucken wie wir berechnen.

Es ist kein Binderegister. Wenn man die Diskussion mit den Stadtverordneten nicht führen will nimmt man diesen Weg. Wir geben keine 300.000 Euro Grundsteuer zurück.

Wir können quartalsweise einen Bericht machen und im nächsten Haushalt die Realsteuer anpassen.

Frau Şahin-Connolly:

Der Antrag beschäftigt die Verwaltung. Sie lassen uns keinen Spielraum nach oben oder unten. Für die realen Zahlen interessieren Sie sich nicht. Wir lehnen den Antrag ab. Wir sind verpflichtet einen halbwegs ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. Wir können zu jedem FSB die Zahlen bringen.

Herr Reimer:

Es gibt keine andere Alternative als den Beschluss abzulehnen. Ihm kommt es so vor als ob man die Stadt so schnell wie möglich gegen die Wand fahren möchte.

Herr Juricke:

Wie viele Grundsteuerbescheide sind dieses Jahr noch nicht rausgegangen?

Krolik:

7.536 sind rausgegangen. Wir haben ein Rücklauf beim Hebesatz von 55 und bei dem Messbetrag von 150 und allgemeine Widersprüche von 110. Insgesamt sind es 315.

Wo nichts eingegangen ist haben wir den Betrag vom letzten Jahr genommen.

Frau Schreiber stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in den FSB zur ausführlichen Beratung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur SVV im Mai 2025 eine neue Fassung der Satzung über die Erhebung der Realsteuern in der Stadt Zossen vorzulegen, mit der die Grundsteuern A und B auf die vom Land Brandenburg als aufkommensneutral berechneten Werte festgesetzt werden. Mit dieser Satzung wird die am 13.11.2024 von der SVV beschlossene Satzung ersetzt. Für die Grundsteuer B ist dies ein Wert von 240 %, statt der im November beschlossenen 290 %, für die Grundsteuer A ist dies 340 % statt 450 %.
2. Zur Vorbereitung dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, hierzu eine Übersicht anhand der im Januar und Februar 2025 mit 290 % bzw. 450 % erfolgten Bescheidung vorzulegen, aus der sich das voraussichtliche Aufkommen der Grundsteuer für 2025 ergibt.
3. Parallel wird die Verwaltung beauftragt, bis Ende Mai 2025 von Mahnungen und Vollstreckungen hinsichtlich der Grundsteuer 2025 abzusehen, da die Bürger im Vertrauen auf eine aufkommensneutrale Grundsteuererhebung nicht

zu Zahlungen verpflichtet sein sollen, die über diese Höhe hinausgehen.

10.21 Antrag der Fraktion SPD - Linke - Grüne/B90 vom 29.01.2025 eingegangen bei der Stadt Zossen am 29.01.2025 Grün und mehr im Kreisverkehr **012/25**
Herr Christ verlässt die Sitzung um 22:11 Uhr.

Herr Giesecke erklärt den Antrag.

Frau Şahin-Connolly:

Im Grundsatz haben wir kein Problem damit. Dem BBWEU sind die Vorschläge vorzulegen. Für Schwertransporte muss der Rückbau gewährleistet sein. Mit dem LS und der DB ist beschlossen, dass die Stadt minimale Ausgaben hat. Wir haben das aktuell im Haushalt nicht stehen.

Herr Lorenz Kricke:

Der Schwerlastverkehr muss gewährleistet werden. Da kommen nur Blumenkübel im Frage. Auch in Wünsdorf sieht es ganz gut aus.

Frau Reglin:

Wie soll man diesen begrünen? Der in Wünsdorf ist neu gestaltet aber schön ist anders. Etwas Blühendens wäre schöner.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Gestaltung der Mittelinseln der Kreisverkehre in Wünsdorf und Zossen (Kreisverkehr B 96 (Stubenrauchstr.) / B 246 in Zossen) und in Wünsdorf (Kreisverkehr B96) ist gestalterisch so zu verändern bzw. neu zu gestalten, dass diese als grüne Visitenkarte der Stadt Zossen dienen.
2. Hierzu ist eine Vereinbarung zwischen dem Straßenbaulastträger (LS) und der Stadt Zossen anzustreben.
3. Die geplanten gestalterischen Veränderungen sind als Vorschläge dem Ausschuss Bau, Bauleitplanung, Wirtschaft, Energie und Umwelt vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enth.
Belger, Tobias	X		
Broschell, Stefan	X		
Czech, Beata	X		
Czesky, Thomas	X		
Giesecke, Peer	X		
Heinrich, Eleonore		X	
Hille, Fritz	X		
Juricke, Matthias			X
Just, René	X		
Kaehlert, Jens	X		
Kerbs, Marco	X		
Krebs, Ronja	X		
Lorenz-Kricke, Stefan			X
Leisten, Edgar		X	
Njammasch, Marko	X		
Reglin, Ute	X		
Reimer, Sven	X		

Sahin-Connolly, Wiebke	X		
Schreiber, Michaela		X	
Schulz, Reinhard	X		
Tobianke, Toni	X		
Wilke, Matthias	X		

Ja- Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	3	2

Der Beschluss wurde angenommen.

11 Informationen Deutsche Bahn

Herr Juricke verlässt die Sitzung um 22:17 Uhr.

Frau Şahin-Connolly:

Zum Planfeststellungsverfahren welches die Bahn im März angehen wollte, gibt es keine weiteren Entscheidungen.

Die Nordumfahrungen werden wir im NÖ kommunizieren. Die Planung der Brücke ist weitestgehend abgeschlossen.

Bei der Kreuzungsvereinbarung und dem Nachtrag Tunnel sind die Verträge unterzeichnet. Es gab einen Nachtrag für den Bahnhof Zossen so wie in der SVV beschlossen.

Die Abrechnung für das Bahnhofsumfeld Wünsdorf ist vorzunehmen und es ist eine weitere Fördersumme zu erwarten.

Die Fahrradanlagen in Neuhoof und Wünsdorf sind weitestgehend abgeschlossen.

Zum Bahnhofsumfeld Wünsdorf gibt es morgen eine Sitzung.

Beim Bahnhofsumfeld Zossen Parkplatz gibt es eine Änderung bei den Förderprogrammen.

In Dabendorf läuft die Beteiligung der Umweltbelange.

Nordumfahrung: Tunnelsegmente für die Eidechsen und Kröten sind bestellt.

Umweltbelange und Zählungen haben angefangen.

Frau Schreiber:

Wurde die Sondersitzung bestätigt?

Frau Şahin-Connolly:

Die Einladung geht morgen raus.

12 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Belger schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:23 Uhr.

Tobias Belger

Vorsitz

Juliane Sasse
Carolin Peidelstein
Protokoll